

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Keine Zeit für Vernunft - Gedanken zum Jahreswechsel](#)
2. [30 Prozent über der Pauschale: Strompreis-Hammer bedroht Hartz-IV-Empfänger](#)
3. [Kirche als Vermieter - sozialer als andere Anbieter?](#)
4. [Jedem Dritten droht Rente von unter 1300 Euro](#)
5. [Bundesagentur für Arbeit: "Es wird einen Kahlschlag auf dem Arbeitsmarkt geben"](#)
6. [Debeka-Datenanalyse: Psyche Hauptgrund für Berufsunfähigkeit](#)
7. [Von Österreich lernen? Die Förderung der Weiterbildung durch eine Bildung\(teil\)zeit als eines der arbeitsmarktpolitischen Vorhaben der Ampel-Koalition](#)
8. [Schweizer Bauarbeiter weigern sich, die Kosten der Corona-Krise zu tragen](#)
9. [Olaf Scholz und der Sumpf des Bankwesens](#)
10. [Fleischproduktion in Spanien: Der Schweinestall Europas](#)
11. [Wilder Westen im Weltraum](#)
12. [Ausgebrannte Presse - oder wenn der Journalist zum Aktivist wird](#)
13. [Journalismus im Zwielficht](#)
14. [Harald Schmidt: «Ich bin auf einem guten und vernünftigen Weg, 2 G zu erfüllen. Mehr möchte ich dazu nicht sagen, sonst gibt's schnell was auf den Aluhut»](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Keine Zeit für Vernunft - Gedanken zum Jahreswechsel**

Wir leben in einer seltsamen Zeit. Die Probleme türmen sich, aber die Fähigkeit, mit ruhigem Verstand die Welt zu analysieren und Lösungen ernsthaft zu diskutieren, nimmt dramatisch schnell ab. Nebenkriegsschauplätze sind zunehmend wichtiger als die Schlachten, die es eigentlich zu schlagen gilt. Die halbe Republik empört sich,

wenn irgendwo vergessen wird, die Sprache gendergerecht zurechtzubiegen, aber gleichzeitig bleiben die großen Fehlleistungen der Politik weitgehend unbeachtet und unkommentiert.

Die dahinterstehende Krankheit ist nicht leicht zu diagnostizieren. Eine wichtige Rolle spielt in jedem Fall das, was man die Vertwitterung der öffentlichen Diskussion nennen könnte. Immer mehr Menschen glauben offenbar, es sei schon eine Diskussion, wenn man zu einer Sachfrage einen mehr oder weniger dümmlichen Zweizeiler hinterlässt oder über Twitter sein Missfallen und seine Empörung zu einer bestimmten Position kundtut.

Diejenigen, die über ihr Medium große Mengen von Menschen erreichen können, unterstützen dieses Denken leider allzu oft. In den Redaktionsstuben der Presseorgane wird die schiere Menge der Kommentare zu einem Artikel schon als Erfolgskriterium betrachtet, statt zu fragen, ob es unter den dreihundert Äußerungen vielleicht ein oder zwei ernsthafte Meinungen und Statements gegeben hat, die man bei der zukünftigen Arbeit berücksichtigen sollte. Der erhobene Daumen irgendeines anonymen Nutzers gilt bereits als Beleg für die Sinnhaftigkeit und die Wichtigkeit der eigenen Position.

Quelle: [Relevante Ökonomik](#)

2. **30 Prozent über der Pauschale: Strompreis-Hammer bedroht Hartz-IV-Empfänger**

Die Preisexplosion hat die Kosten für Strom, Gas und Heizöl deutlich erhöht. Die bittere Nachricht: 2022 gehen die Preise wohl weiter nach oben. Davor warnt das Onlineportal Check24. Die Verteuerung trifft Millionen Verbraucher. Doch Hartz-IV-Bezieher werden richtig kalt erwischt. (...)

Sie müssen für ihre jährliche Stromrechnung im Schnitt 136 Euro mehr ausgeben, als das Arbeitslosengeld II (ALG II) berücksichtigt. Anders gesagt: Ihre Energiekosten liegen fast 30 Prozent über dem Betrag, den die Pauschale abdeckt!

Die einfache Rechnung: Nach den Vorgaben beträgt die Hartz-IV-Pauschale für Wohnen, Energie und Wohninstandhaltung 2022 rund 463 Euro jährlich.

Bei einem angenommenen Jahresverbrauch von 1500 Kilowattstunden (kWh) Strom ergeben sich in der Grundversorgung rechnerisch jährliche Kosten in Höhe von 599 Euro. Die Ausgaben liegen also 136 Euro über der Pauschale.

Quelle: [Focus Online](#)

dazu auch: Hartz-IV-Bezieher müssen Ebay-Einkünfte offenlegen

Wer sich als Hartz-IV-Empfänger bei Ebay etwas dazu verdienen möchte, muss die Einnahmen dem Jobcenter melden. Das ergibt sich aus einer Entscheidung des Sozialgerichts Oldenburg (AZ: S 34 AS 140/21 ER), auf die die Arbeitsgemeinschaft Sozialrecht im Deutschen Anwaltverein hinweist.

„Der monatliche Bagatellbetrag liegt bei zehn Euro“, sagt Volker Gerloff, Fachanwalt für Sozialrecht und DAV-Mitglied. Alles, was darüber gehe, rechneten die Behörden auf die Bezüge an.

Quelle: [Westdeutsche Zeitung](#)

und: Ampel lehnt Antrag der Linken zur Existenzminimum-Sicherung ab

Der Bundestag hat am 14.12.2021 nach halbständiger Aussprache einen Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Existenzminimum sichern - Inflationsausgleich bei Regelsätzen garantieren“ (20/100) abgelehnt. Die Linke stimmte für ihren Antrag, die AfD enthielt sich, die übrigen Fraktionen lehnten ihn ab. Einen weiteren Antrag der Linken mit dem Titel „Würde und Teilhabe ernst nehmen - Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Bürgergeld“ (20/271) überwies das Parlament zur weiteren Beratung in den federführenden Ausschuss für Arbeit und Soziales. [Mehr dazu](#).

Kurze Bewertung dazu: Diese Entscheidung bedeutet, dass in einer, in der Schärfe noch nie dagewesenen, Krise und während massiven Preissteigerungen keine Solidarität mit den SGB II/SGB XII/AsylbLG - Leistungsbeziehenden geübt wird. Die Begründung ist nur noch zynisch:

Die allgemeine Preissteigerung belaufe sich angeblich auf den starken Preisanstieg bei Kraftstoffen, Heizöl und Gas, sowie einem Sondereffekt aufgrund der Mehrwertsteuersenkung im zweiten Halbjahr 2020. Dieser Sondereffekt trete nur im zweiten Halbjahr 2021 auf und bedeute keine zusätzliche Belastung für die Leistungsbeziehenden.

Tatsache ist aber, dass die gesamten Lebenshaltungskosten auch durch den Anstieg der Energiekosten drastisch steigen. Ebenso müssen Betroffene die gestiegenen Kosten für Strom bewältigen, welche nicht von den Sozialleistungsträgern übernommen werden. Daher ist eine Erhöhung der Regelleistungen zwingend erforderlich!

Kaja Kipping, Die Linke, hat das zutreffend kommentiert: Der Vertrauensbruch wird hängenbleiben, [hier mehr dazu](#).

Liebe SPD und Grüne, so wird das nix mit der Überwindung von Hartz-IV!

Quelle: [Tacheles e.V.](#)

3. Kirche als Vermieter - sozialer als andere Anbieter?

Wohnungsnot betrifft immer mehr Menschen: Im Großraum München müssen Mieter teils schon die Hälfte des Netto-Verdiensts für ihre vier Wände berappen. Günstiger sind kirchliche Wohnungsunternehmen. Doch wie sozial sind deren Konditionen? [...] Die Kirchen zählen in Deutschland zu den größten Immobilieneigentümern. So wurde der Immobilienbestand der katholischen Kirche etwa vor einigen Jahren auf rund

130.000 Wohnungen geschätzt, aktuelle Zahlen gibt es aber nicht. Nach Angaben des Evangelischen Immobilienverbands Deutschland besitzen evangelische Kirchen insgesamt 75.000 Gebäude. Und nur etwa 30 Prozent des evangelischen Gebäudebestands werden demnach sakral genutzt.

Kirchliche Vermieter findet der Mieterverein München generell nicht übermäßig sozial. "Sie benehmen sich genauso, wie andere Großvermieter sich auch benehmen, und machen ihre Mieterhöhungen, wenn sie eine Mieterhöhung machen können", sagt Anja Franz vom Mieterverein München. Es gelte also nicht der Grundsatz: "Das Beste, was man haben kann, ist eine kirchliche Einrichtung als Vermieter, denn da kommt man immer wahnsinnig günstig weg."

Der Verband bayerischer Wohnungsunternehmen sieht das anders. Die vergleichsweise günstigen Preise wirkten als natürliche Mietpreisbremse.

Quelle: [BR24](#)

4. **Jedem Dritten droht Rente von unter 1300 Euro**

Jedem dritten Beschäftigten in Deutschland droht nach 45 Berufsjahren in Vollzeit eine Bruttorente von unter 1300 Euro im Monat. Das berichten die Zeitungen der Funke Mediengruppe und berufen sich dabei auf eine Antwort des Bundesarbeitsministeriums zu einer Anfrage der Linken im Bundestag. Demnach bleiben nach Abzug von Kranken- und Pflegeversicherung netto nur etwa 1160 Euro an Altersbezügen.

Laut dem Papier müssen Beschäftigte beim derzeitigen Rentenniveau mindestens 2800 Euro im Monat vor Abzügen verdienen, um auf eine gesetzliche Rente von 1300 brutto zu kommen. Wer im Alter 1500 Euro Rente monatlich braucht, müsste mindestens 3200 Euro brutto in Vollzeit verdienen. Um 2500 Euro brutto von der Rentenversicherung zu erhalten, sei aktuell ein Monatslohn von 5350 Euro vor Steuern und Abgaben erforderlich.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Und diese Übersicht ist ja noch schön gerechnet, denn lange nicht alle schaffen 45 Arbeitsjahre. Man kann also davon ausgehen, dass eher 40 Prozent unter den genannten 1.300 Euro (brutto!!! => 1.160 Euro netto) liegen werden und ein ganzer Teil davon unter 1.000 Euro netto, knapp über oder sogar unter Grundsicherungsniveau. Der Kommentar der neuen neoliberalen Regierung (diesmal aus den Ampelparteien) ist gewohnt armselig: natürlich kann man aus der Rente " keine Rückschlüsse auf den Lebensstandard im Alter", denn gerade die Menschen mit den niedrigen Löhnen haben sicher ihr Vermögen in Aktienpakete und Wohnungen zum Vermieten investiert, haha. Ebenfalls armselig ist allerdings auch die Forderung von Dietmar Bartsch: 50 Prozent Rentenniveau sind immer noch weit*

von der Lebensstandardsicherung entfernt, und es fehlt vor allem die Forderung nach deutlich höheren Löhnen quer durch die Bank.

5. **Bundesagentur für Arbeit: “Es wird einen Kahlschlag auf dem Arbeitsmarkt geben”**

Corona bleibe zwar problematisch, noch schlimmer sei aber der Fachkräftemangel, sagt BA-Vorstand Daniel Terzenbach. Er fordert eine gezielte Einwanderungspolitik. Nach fast zwei Jahren Corona-Pandemie ist die Lage am deutschen Arbeitsmarkt vergleichsweise positiv. Richtig darüber freuen könne man sich aber nicht, sagt Daniel Terzenbach, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit. Nicht nur weitere Infektionswellen, vor allem der Fachkräftemangel sei eine enorme Herausforderung. Deutschland muss sich seiner Meinung nach für Arbeitnehmerinnen und Arbeiter außerhalb der EU öffnen - oder wird abgehängt.

Quelle: [msn](#)

Anmerkung Christian Reimann: Ein BA-Vorstand unternimmt den Versuch, die Legende vom Fachkräftemangel aufrechtzuhalten. Kein Wort von den miserablen Arbeitsbedingungen und schlechten Bezahlungen hierzulande. Stattdessen die Warnung vor einem demografischen Wandel, der uns überrolle.

6. **Debeka-Datenanalyse: Psyche Hauptgrund für Berufsunfähigkeit**

Mehr als jeder dritte Berufsunfähige musste seinen Job wegen einer psychischen Erkrankung aufgeben - das geht aus einer Analyse des Lebensversicherers Debeka für 2020 hervor. Welche Rolle die Pandemie dabei spielte, ist unklar.

Psychische Erkrankungen bleiben nach Daten der Debeka-Versicherungsgruppe mit großem Abstand Ursache Nummer eins für Berufsunfähigkeit. Dafür hatte der nach eigenen Angaben viertgrößte Lebensversicherer in Deutschland seinen Bestand von etwa 481.000 gegen Berufsunfähigkeit Versicherten für das Jahr 2020 ausgewertet. Für 40,6 Prozent der analysierten Leistungsfälle waren psychische Erkrankungen Grund für die Berufsunfähigkeit, wie das genossenschaftlich geprägte Unternehmen mit Stammsitz in Koblenz mitteilte. Auswirkungen der Corona-Pandemie seien dabei für 2020 “bisher noch nicht erkennbar oder bestätigt”. Die Anzahl psychischer Erkrankungen als Hauptursache für Berufsunfähigkeit schwankt demnach seit Jahren zwischen 40 und 45 Prozent und war in den Jahren 2019 und 2020 wieder rückläufig.

Quelle: [Tagesschau](#)

7. **Von Österreich lernen? Die Förderung der Weiterbildung durch eine Bildung(teil)zeit als eines der arbeitsmarktpolitischen Vorhaben der Ampel-Koalition**

Seit vielen Jahren wurde und wird von Arbeitsmarktexperten darauf hingewiesen, dass

wir deutlich mehr Weiterbildung brauchen, gerade für die „Risikogruppen“ des Arbeitsmarktes, gemessen an deren Risiko, erwerbsarbeitslos zu werden. Von denen rutschen dann zahlreiche Menschen in einen Langzeitbezug ab. Hinzu kommen die vielen, die mit Verweis auf ihre (angeblich) fehlende Qualifikation im Niedriglohnsektor einbetoniert sind. Und viele Jahre lang wurde mit Blick auf die Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne eine Fehlstellung der Qualifizierungspolitik dergestalt beklagt, dass man zwar zahlreiche kurze (und billige) und nicht selten auch mehr als fragwürdige, kontraproduktive Maßnahmen gefördert hat, aber bei den Angeboten, die über einen längeren Zeitraum laufen und die zu einem anerkannten Berufsabschluss führen (können), permanent auf der Bremse stand.

Quelle: [Aktuelle Sozialpolitik](#)

8. **Schweizer Bauarbeiter weigern sich, die Kosten der Corona-Krise zu tragen**
Schweizer Arbeitgeberverbände versuchen in der Pandemie, Löhne zu drücken und den Arbeitsschutz aufzuweichen. Doch die Beschäftigten haben sich organisiert und wehren sich nun gemeinsam.

Wie viele andere Länder hat der Ausbruch der Pandemie auch die Schweiz auf dem falschen Fuss erwischt. Die Auswirkungen von COVID-19 zeigten sich in den Regionen der Alpenkonföderation höchst unterschiedlich – sowohl in wirtschaftlicher wie auch in gesundheitlicher Hinsicht. Doch eines ist in sämtlichen Teilen des Landes bei jeder Welle gleichgeblieben: Es waren die Arbeiterinnen und Arbeiter, die die Kosten der Krise getragen haben.

Quelle: [Jacobin](#)

9. **Olaf Scholz und der Sumpf des Bankwesens**

Hat er nun der Warburg-Bank geholfen oder nicht, wusste er von den Vorermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen ihn oder nicht, unser Bundeskanzler Olaf Scholz? Das ist die Frage, die die Presse stellt. Aber eigentlich müsste sie fragen, warum es noch eine Warburg-Bank gibt. (...)

Hätte Olaf Scholz im Jahre 2016 als Erster Bürgermeister Hamburgs beim Hamburger Finanzamt angerufen und explizit angewiesen, die Steuerrückforderungen gegen die Warburg-Bank verjähren zu lassen, wäre das strafbar. Nicht strafbar ist es allerdings, wenn Finanzbeamte im vorausseilenden Gehorsam, in Erwartung einer entsprechenden Haltung des Finanzsenators oder des Bürgermeisters im Interesse einer Bank agieren, ohne dazu explizit angewiesen worden zu sein.

Es ging dabei um Cum-Ex-Geschäfte, eine Betrugsmasche, bei der Banken erst Wertpapierpakete so schnell hin- und herschieben, dass die Finanzämter nicht mehr wissen konnten, was wann wem gehörte, um danach unerkannt die Erstattung niemals gezahlter Kapitalertragsteuer zu fordern. Schätzungen für die allein durch diese Betrügereien angerichteten Schäden belaufen sich auf über sieben Milliarden Euro –

allein in Deutschland. Die eine Forderung des Finanzamts Hamburg gegen die Warburg-Bank, die man 2016 verjähren ließ, belief sich bereits auf 47 Millionen Euro. Und es bedurfte eines Urteils des Bundesgerichtshofs im Sommer dieses Jahres, um eindeutig zu klären, dass Cum-Ex nicht nur illegal, sondern auch kriminell war. (...) Es ist schon erstaunlich, dass es eines Verfahrens beim Bundesgerichtshof bedurfte, um klarzustellen, dass die Masche schlichtweg Betrug war. Wenn man das mit dem Vorgehen der Justiz gegenüber den ärmeren Teilen der Bevölkerung vergleicht, sei es mit dem Sanktionsregime im SGB II oder mit der Tatsache, dass ein Drittel der Insassen von Haftanstalten Strafen wegen Schwarzfahrens absitzt, ist das zweierlei Recht in zweierlei Welten.

Scholz hatte also - das ist die Erkenntnis aus dem Wissen um die Schreiben seines Anwalts - abermals vor einem Untersuchungsausschuss gelogen.

Quelle: [Dagmar Henn in RT DE](#)

10. **Fleischproduktion in Spanien: Der Schweinestall Europas**

Spanien steht weltweit auf Platz vier der größten Schweinefleischproduzenten. Die Folgen für die Umwelt sind gravierend. Jetzt schreitet die EU ein.

Es ist neben Deutschland der größte Produzent von Schweinefleisch in Europa: Spanien. Und nirgends wird so billig produziert wie hier. Mit 32 Millionen Schweinen ist Spanien der Schweinestall der EU. Jede Schweineaufzucht produziert pro Jahr und Stallplatz fast zwei Tiere. Das zeigt die Zahl der geschlachteten Schweine, die 2020 bei 56,1 Millionen Tieren lag.

Diese Massenproduktion beeinträchtigt nicht nur das Tierwohl, sondern schadet auch der Umwelt. Spanien wurde jetzt wegen mangelnden Grundwasserschutzes von der EU-Kommission vor dem Gerichtshof der Europäischen Union angezeigt.

Quelle: [taz](#)

11. **Wilder Westen im Weltraum**

Amerikanische Konzerne wollen die Umlaufbahnen um die Erde mit Zehntausenden von Satelliten bestücken. Konkurrenten sind vor allem die beiden Oligarchen und Besitzer von Raumfahrtunternehmen Jeff Bezos und Elon Musk, die Satellitennetzwerke für einen globalen Internetzugang aufbauen und damit Zugriff auf Milliarden Nutzer und ihre Daten erreichen wollen.

SpaceX von Elon Musk will mit Starlink zunächst 12.000 Satelliten in den Weltraum bringen und hat bereits eine Genehmigung der Federal Communications Commission (FCC) für weitere 30.000, Amazon von Jeff Bezos will mit seinem Kuiper-Projekt erst einmal "nur" 3.236 Satelliten anbringen.

Streit gibt es zwischen den beiden Projekten u.a. über die Höhe der Umlaufbahnen, nachdem Starlink beantragte, nach ersten 1.584 Satelliten die weiteren 2.814 von der geplanten Bahnhöhe von 1.100 km auf eine niedrigere von unter 570 km zu bringen.

Starlinks Satelliten haben ein Gewicht von 227 kg und einen Antrieb, sie sind manövrierfähig, können miteinander kommunizieren und sind mit Phased-Array-Antennen wie 5G-Sendemasten ausgestattet.

Quelle: [Telepolis](#)

12. **Ausgebrannte Presse - oder wenn der Journalist zum Aktivist wird**

Corona-Proteste: Trotz mancher Bedrohung sollten Journalisten differenziert über Beteiligte und Beweggründe berichten. Kritik an fehlender Abgrenzung nach rechts setzt genau das voraus

Unter dem Hashtag #AusgebranntePresse wurde kurz vor Jahresende über die Übergriffe auf Journalistinnen und Journalisten auf Demonstrationen von Kritikern der Corona-Maßnahmen gesprochen. Auch wurden auch Videos über solche Angriffe veröffentlicht. Es ist richtig und notwendig, dass Medienvertreter unterstützt werden, wenn sie solchen Angriffen ausgesetzt sind, egal, woher sie kommen. Doch auffallend ist, dass sich die Diskussion fast ausschließlich auf Angriffe aus dem Spektrum der Corona-Proteste beschränkt.

Zum Thema "ausgebrannte Presse" würden einem doch auch die miserablen Arbeitsbedingungen einfallen. Schließlich ist der Mediensektor ein role model für prekäre und schlecht bezahlte Arbeit. Davon könnten gerade freie Journalisten und Fotografen sicher viel berichten. Doch genau diese Arbeitsbedingungen im Mediensektor sind hier allenfalls ein Randfaktor. Dabei könnte doch hier auch ein Grund liegen, warum die Journalisten und Fotografen immer wieder auf diesen Aufmärschen anwesend sein müssen, wo sie dann angegriffen werden.

Wenn man ihre Statements liest, hat man den Eindruck, dass sie die Arbeitsbedingungen ausblenden. Es wird kaum thematisiert, dass Journalismus eben ein Beruf ist, in dem viele der Kolleginnen und Kollegen im prekären Sektor nicht in der Lage sind, einen guten Preis für ihre Arbeitskraft zu erzielen.

Bei manchen Beiträgen hat man allerdings den Eindruck, dass die Journalisten nicht vor Ort sind, weil sie mit den Berichten und Fotos ihr Geld verdienen, sondern weil sie es als ihre Verpflichtung ansehen, das Treiben der Corona-Maßnahmenkritiker immer wieder an die Öffentlichkeit zu bringen.

Quelle: [Telepolis](#)

13. **Journalismus im Zwielficht**

Ringier-Chef Marc Walder hat Aussagen gemacht, die ein gefundenes Fressen für die Gegner des Mediengesetzes sind.

Via «Nebelspalter» kam Ende Dezember ein zweieinhalbminütiges Video in Umlauf, das den CEO von Ringier, Marc Walder, in die Bredouille bringt. In dem auch auf Youtube greifbaren Dokument ist zu hören, wie Walder in Bezug auf die Corona-Pandemie sagt: «Wir wollen die Regierung unterstützen durch unsere mediale

Berichterstattung, [so] dass wir alle gut durch die Krise kommen.» Diesen Leitsatz hat der Ringier-Chef allen Redaktionen in seinem internationalen Reich mitgeteilt, wie er sagte.

Die Aussage machte er laut dem «Nebelspalter» am 21. Februar 2021 an einem Anlass der Schweizerischen Management-Gesellschaft (SMG). Auf der Website der SMG wird nur ein Auftritt von Walder am 3. Februar 2020 dokumentiert. Seine auf dem Video hörbaren Äusserungen machen aber klar, dass sie Walder nicht schon zu Beginn der Pandemie gemacht hat. Jedenfalls hat der Ringier-CEO gegenüber dem «Nebelspalter» die Aussagen nicht bestritten. Seine Stimme und seine Sprechweise sind darauf gut erkennbar.

Quelle: [Infosperber](#)

dazu: Geheimes Video zeigt: CEO Marc Walder zwingt alle Redaktionen der Ringier-Medien weltweit auf Regierungskurs

Quelle: [Nebelspalter](#)

14. Harald Schmidt: «Ich bin auf einem guten und vernünftigen Weg, 2 G zu erfüllen. Mehr möchte ich dazu nicht sagen, sonst gibt's schnell was auf den Aluhut»

Das Harald-Schmidt-Interview gilt längst als eigenes journalistisches Genre. Im Gespräch erinnert sich der Privatier an Begegnungen mit Günter Gaus und André Müller - und erklärt, warum er sich ein TV-Comeback finanziell gar nicht mehr leisten könnte.

Herr Schmidt, normalerweise empfangen Sie Ihre Interviewer im Kölner Excelsior-Hotel Ernst, einem Fünfsternhaus, nun müssen wir mit den Berliner Räumlichkeiten der NZZ vorliebnehmen.

Das mit dem Hotel habe ich mittlerweile durch, es ist ein bisschen ausgenudelt, aber für mich ist es halt superbequem und für die Journalisten auch, denn das Excelsior liegt ja direkt neben dem Kölner Hauptbahnhof.

Wir dürfen uns nicht im Hotel treffen, weil Sie weder geimpft noch genesen sind. Dass ich nicht geimpft sei, das behaupten Sie einfach so, und ich lasse das mal so stehen. Mittlerweile habe ich mir eine Olaf-Scholz-Formulierung überlegt: «Ich bin auf einem guten und vernünftigen Weg, 2 G zu erfüllen.» Das lässt alles offen. Mehr möchte ich dazu nicht sagen, sonst gibt's schnell was auf den Aluhut.

Quelle: [NZZ](#)